



Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

schon vor ein paar Wochen habe ich bekundet, dass ich im kommenden Jahr erneut für den Deutschen Bundestag kandidieren werde. Vor einer Woche haben mich die Kreisverbände Oder-Spree und Frankfurt (Oder) erneut als Direktkandidat für den Wahlkreis 63 nominiert. Für dieses mir entgegen gebrachte Vertrauen möchte ich mich an dieser Stelle bedanken.

Ich freue mich, dass es mir in den bisherigen drei Jahren gelungen ist, den

einen oder anderen Akzent zu setzen. Diese Arbeit möchte ich gerne fortsetzen.

Im Familienausschuss haben wir uns in dieser Woche mit dem Freiwilligen-survey beschäftigt. Erfreulicherweise hat die Zahl der ehrenamtlich Engagierten in den letzten 15 Jahren stark zugenommen. Haben sich 1999 34 Prozent freiwillig eingesetzt, so waren es 2014 43,6 Prozent. Auch ist der Anteil der Frauen in diesem Zeitraum von 29,9 auf 41,5 Prozent angestiegen und liegt jetzt fast gleichauf mit dem Männeranteil (45,7%). Dem freiwilligen Engage-

ment kommt in unserer Gesellschaft eine enorme Bedeutung zu. Eine ausführliche Abhandlung zu diesem Thema finden Sie auf meiner Homepage unter:

http://www.martin-patzelt.de/lokal_1_1_291_Buerger-schaftliches-Engagement-und-Demokratie-sind-siamesische-Zwillinge.html.

Ich wünsche eine angenehme Lektüre,

Ihr

Zur Diskussion bei Anne Will

Proteste und Gewaltausbrüche auch in Flüchtlingsheimen waren vorhersehbar. Sie relativieren und entschuldigen aber keinesfalls Gewaltausbrüche Deutscher gegen Flüchtlinge. Persönliche Kommunikation und pflichtmäßige Beschäftigung (gegebenenfalls auch verordnete) für Flüchtlinge könnte deren wachsendes Aggressionspotential wesentlich entschärfen. Drohungen, die rechtlich oder tatsächlich nicht realisiert werden können (z.B. Abschiebungen) bleiben eine hilflose Gebärde.



von links: Mit Anne Will und dem Bayerischen Finanzminister Markus Söder

Vietnam: Kein faires Berufungsverfahren für den Menschenrechtler Nguyen Huu Vinh

Zu meinem großen Bedauern hat die Rechtsstaatlichkeit im Berufungsverfahren (siehe meine PM vom 13.09.2016) gegen den vietnamesischen Menschenrechtler und Blogger Nguyen Huu Vinh sowie seine Assistentin Nguyen Thi Minh Thuy wieder versagt. Beide Urteile der ersten Instanz wurden zu Unrecht bestätigt. Beide Verurteilten sehen sich unschuldig ob des Vorwurfs des Missbrauchs demokratischer Freiheiten. Es wurde kein fairer Prozess geführt, da weder Staatsanwälte noch Anwälte der Angeklagten ihre Argumente ausreichend darlegen durften. Das

Urteil bedeutet nun, nach Abzug der entsprechenden Untersuchungshaft, noch zweieinhalb Jahre Haft für Nguyen Huu Vinh und ein halbes Jahr Haft für seine Assistentin Nguyen Thi Minh Thuy.

Die Hoffnung auf ein anderes faires Urteil wurde enttäuscht. Vorsorglich wurde das Gericht weiträumig abgesperrt, um mögliche Demonstranten fern zu halten. Daher demonstrieren dutzende Freunde an verschiedenen anderen Plätzen.

Ich bin immer noch davon überzeugt, dass Nguyen Huu

Vinh mit dem ihm zur Last gelegten Verhalten seinem Heimatland Vietnam keinen Schaden zufügen wollte, sondern aus seiner Sicht an einer gedeihlichen und positiven Entwicklung seines Landes interessiert war und ist.

Ich werde versuchen, ihn im kommenden Jahr im Gefängnis besuchen und mich weiterhin für seine Freilassung einsetzen. Menschen, die auch für unsre Würde und unsere Rechte Gefahren und Leid erdulden, verdienen unseren Dank und jede mögliche Unterstützung.

Besuch in der Waldorfschule und der Wichern Diakonie

Zusammen mit meinen Bundestagskollegen Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) und Thomas Nord (Die Linke) habe ich am Mittwoch (14.09.2016) die Frankfurter Waldorfschule besucht. Wir sind dort mit den Schülerinnen und Schülern der 12. und 13. Klasse zum dritten Mal im Verlauf der letzten anderthalb Jahre ins Gespräch gekommen.

Im Februar 2015 haben wir die damalige 10. und 11. Klasse zum ersten Mal getroffen. Dieselben SchülerInnen führen dann als 11. und 12. Klasse im Oktober 2015 auf Einladung der drei Bundestagsabgeordneten nach Berlin und besuchten sie an ihrem Arbeitsplatz.

Im Anschluss an die Diskussion mit den Schülern haben wir



Mit Schülerinnen und Schülern der 12. und 13. Klasse der Waldorfschule

eine Einladung zum Gespräch von Matthias Kube in die Wichern Diakonie wahrgenommen. Mit ihm und weiteren leitenden Mitarbeitenden haben wir über den aktuellen Entwurf des Bundeskabinetts zum Bundesteilhabegesetz gesprochen. Der Entwurf wurde von der Diakonie und anderen Verbänden kritisiert.

Seit Januar 2015 gibt es regelmäßige Begegnungen und Dis-

kussionsrunden der Abgeordneten Annalena Baerbock, Thomas Nord und mir mit Schülerinnen und Schülern der 10. bis 13. Klassen von vier Schulen in Frankfurt. Ziel dieses Projektes ist es, den Jugendlichen die Arbeit des Bundestages, den politischen Alltag und die Wege demokratischer Entscheidungen nahe zu bringen.

Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für
Familie, Senioren, Frauen und
Jugend
Mitglied im Ausschuss für
Menschenrechte und
Humanitäre Hilfe
Mitglied im Unterausschuss
Bürgerschaftliches Engagement

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer
Oleksii Kysliak

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

**Wahlkreisbüro
Frankfurt (Oder)**

Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

**Wahlkreisbüro
Eisenhüttenstadt**

Dr. Markus Zaplata
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu
abonnieren, senden Sie uns
bitte eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit

Laut dem am 21. September 2016 erschienenen „Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2016“ hat in den vergangenen 26 Jahren eine maßgebliche Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West stattgefunden. Das Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland liegt aktuell bei 72,5 Prozent des Vergleichswertes in Westdeutschland. Dies ist ein großer Erfolg, wenn man bedenkt, dass die Einkommen pro Einwohner von 61 Prozent im Jahr 1991 auf aktuell 83 Prozent des westdeutschen Vergleichswertes gestiegen sind. D.h., dass wir uns auf dem richtigen

Weg befinden und den „Aufholprozess“ im Osten weiter fördern und stimulieren müssen. Zu den positiven Entwicklungen gehören die verbesserten Chancen für ostdeutsche Jugendliche sowie für Frauen. Auch von der Digitalisierung und Energiewende könnte Ostdeutschland langfristig profitieren.

Ein wichtiger Aspekt ist die zunehmende Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland. „Neben unzähligen Angriffen auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte sind gewalttätige Ausschreitungen wie in Heidenau und Freital zu Symbolen eines sich ver-

festigenden Fremdenhasses geworden“, heißt es im Bericht der Bundesregierung. „Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Intoleranz stellen eine große Gefahr für die gesellschaftliche Entwicklung der neuen Länder dar“. Auch die Zahl der linksextremistischen Gewalttaten ist angestiegen. Ich möchte allerdings betonen, dass keine Form von Extremismus tolerabel ist. Es ist daher richtig, dass die Bundesregierung im Kampf gegen radikale Strömungen auch auf die Partizipation der gesellschaftlichen Akteure, also auf die Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Gemeinden setzt.

Interview mit dem MDR

Im Fernsehinterview mit dem Reporter Markus Frenzel des MDR-Magazins „FAKT“ zum möglichen Deutschlandbesuch des iranischen Präsidenten.